Umweltbewusstsein in Deutschland 2012: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Umweltbewusstsein in Deutschland 2012: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Bundesumweltminister Peter Altmaier und der Präsident des Umweltbundesamtes Jochen Flasbarth haben am 18. Januar 2013 die Ergebnisse der Studie "Umweltbewusstsein in Deutschland 2012" vorgestellt.
Der Umweltschutz steht aus Sicht der Bevölkerung auf Platz 2 der wichtigsten politischen Aufgaben - direkt nach der Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise. Das hat die neue Repräsentativumfrage im Auftrag von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt ergeben. Für 35 Prozent der Befragten ist der Schutz der Umwelt eines der wichtigsten politischen Probleme der Gegenwart - das bedeutet einen Anstieg um 20 Prozent in den letzten zwei Jahren.
Umweltbewußtsein und tatsächliches Verhalten
Oft stößt das recht hohe Umweltbewusstsein der Bevölkerung beim konkreten Verhalten auf alltägliche Barrieren. Die Studie sollte nicht an dem Unterschied zwischen Bewusstsein und Verhalten stehen bleiben, sondern anhand ganz konkreter Lebensbereiche und differenziert nach bestimmten Bevölkerungsgruppen deutlich machen, wo weiteres Potenzial geweckt und Hindernisse überwunden werden können. Dazu wurden die Bereichen Mobilität, Lebensmitteleinkauf, Haushaltsorganisation sowie Wohnen untersucht.
Dabei zeigten sich in bestimmten Bereichen große Fortschritte: Mittlerweile geben 20 Prozent der Befragten an, Ökostrom zu beziehen, mehr als eine Verdoppelung seit 2010 (8 Prozent). 12 Prozent legen ihr Geld in erneuerbare Energien an - eine Verdreifachung in nur zwei Jahren. Und immerhin 9 Prozent kompensieren freiwillig von ihnen verursachte Klimagase, beispielsweise im Verkehr - ebenfalls eine Verdreifachung.
Allerdings gibt es auch gegenläufige Entwicklungen: Die Bereitschaft zum Kauf energieeffizienter Geräte ist von 65 auf 52 Prozent der Befragten zurückgegangen, Energiesparen durch Abschalten nicht benötigter Geräte und Lichtquellen im Haushalt machen statt 83 nur noch 74 Prozent. Die Umsetzung des Umweltbewußtseins im Alltag fällt den Bürgerinnen und Bürgern offenbar nicht immer leicht.
Repräsentativumfragen seit 1996
Die Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein in Deutschland wird seit 1996 alle zwei Jahre durchgeführt. Befragt wird die deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahren. Die Studie 2012 wurde vom Institut für Sozialinnovationen in Zusammenarbeit mit der Philipps-Universität Marburg durchgeführt, die Erhebung der Daten erfolgte durch die TNS Emnid Medien- und Sozialforschung GmbH Bielefeld. Dazu wurden im Zeitraum von Juli bis August 2012 zweitausend Personen in mündlichen Interviews befragt.
Die Befragungsergebnisse wurden in der Studie mit einem integrativen sozialwissenschaftlichen Modell ausgewertet, das - aufbauend auf den Ergebnissen der Lebensstilforschung - verschiedene "Typen der Lebensführung" unterscheidet. Auf dieser Basis zeigt die Studie anhand ganz konkreter Lebensbereiche, wo bei welchen Bevölkerungsgruppen weiteres Potenzial geweckt und Hindernisse überwunden werden können.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Alexanderplatz 6
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 0 1888 305-0
Telefax: 0 1888305-2016
Mail: presse@bmu.bund.de
URL: http://www.bmu.de

<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=519883" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10178 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10178 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten.Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.